



Interviews

Datum: 16. Februar 2025

Frank Capellan im Gespräch mit Olaf Scholz, Bundeskanzler, SPD-Kanzlerkandidat

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Capellan: Am Mikrophon ist heute Frank Capellan und zu Gast im Studio der Bundeskanzler, Olaf Scholz! Schön, dass Sie noch hier sein können und noch nicht bei der Münchner Sicherheitskonferenz sein müssen. Ich grüße Sie. Guten Tag Herr Scholz.

Scholz: Guten Tag, ich werde da morgen sein, wie das lange verabredet ist und natürlich auch reagieren können auf alles das, was wir heute gehört haben und was überhaupt los ist.

Capellan: Ja, es ist eine Menge los, und ich habe mich heute gefragt, womit soll ich dieses Interview, das wir am Freitagnachmittag gegen 16:00 Uhr aufzeichnen, das sage ich dazu, womit soll ich dieses Interview beginnen? Wir stehen unter dem Eindruck von der Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance, unter dem Eindruck auch eines Telefonates, das der amerikanische Präsident Trump mit Putin geführt hat. Da bahnt sich, das sagen viele, eine neue Weltordnung an. Die Amerikaner wollen sich aus Europa mehr oder weniger zurückziehen. Das macht vielen Menschen Angst mit Blick auf die Bedrohung des Friedens, auch für uns, angesichts eines ja skrupellosen Diktators, muss man sagen, im Kreml. Andererseits wiederum haben wir gestern, am Donnerstag, einen furchterlichen Anschlag erlebt in München, unweit des Tagungszentrums, wo die Münchner Sicherheitskonferenz stattfindet. Da ist ein junger Mann aus Afghanistan in eine Menschenmenge gerast. Es hat viele Schwerverletzte gegeben, ein zweijähriges Kind ist darunter. Und auch das macht ja vielen Menschen Angst, die sich nicht mehr sicher fühlen in Deutschland. Vielleicht kurz gefragt zu Beginn, würden Sie sagen, das ist ein wenig symptomatisch auch für Ihre ganze Amtszeit, diese Ballung von immer neuen schlechten Nachrichten, von Krisen und Kriegen?

Scholz: Unverändert ist der furchtbare russische Angriffskrieg auf die Ukraine ja das, was die Amtszeit geprägt hat und unverändert prägt. Er findet immer noch statt, wird mit größter Brutalität vorgetragen, hat unglaublich vielen Menschen das Leben gekostet, hat unsere wirtschaftliche Lage verändert, die Energieversorgung Deutschlands unsicher gemacht. Wir sind durch all das durchgekommen und haben, das glaube ich schon, die richtigen Entscheidungen getroffen unter meiner Führung, aber

es ist etwas, das uns herausfordert, und das ist keine kleine Herausforderung. Es ist die größte Krise der Nachkriegszeit.

Capellan: Und Sie haben sich ja gestern dann auch an die Bevölkerung gewandt, auch nach diesem neuen Anschlag in München, aber eben auch mit Blick auf das, was zu hören war, mit Blick auf das Telefonat zwischen Trump und Putin. In einem Statement haben Sie gesagt: „Ich muss dafür sorgen, dass in Deutschland nie wieder Krieg herrscht. Ich weiß“, haben Sie wörtlich gesagt: „Das klingt beunruhigend, wenn ein Bundeskanzler so etwas sagt, aber“, so weiter wörtlich, „in dieser Lage gehört diese Aussage zur Wahrheit dazu. Es geht in diesen Tagen um Krieg und Frieden in Europa.“ Warum hat sich aus Ihrer Sicht die Lage so dramatisch verändert?

Scholz: Wir müssen alles dafür tun, dass die NATO, die Allianz, weiter funktioniert. Das ist keine einfache Aufgabe, wie nun ganz offensichtlich ist, aber bisher sind die Anzeichen schon so, dass wir auch mit den USA weiter zusammenarbeiten werden können. Trotzdem müssen wir uns auf alles vorbereiten. Und gleichzeitig gilt, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir unsere Sicherheit besser selbst gewährleisten können, als das über viele Jahrzehnte der Fall war, und deshalb auch meine klare Aussage. Wir müssen alle ideologischen Hindernisse überwinden, die uns gegenwärtig entgegenstehen und es unmöglich machen, so viel zu tun, wie wir für unsere Sicherheit tun müssen. Deshalb kann es nicht dabei bleiben, dass wir die Unterstützung der Ukraine aus laufenden Haushaltsmitteln finanzieren müssen. Und deshalb kann es nicht dabei bleiben, dass wir das, was wir notwendigerweise zusätzlich für die Bundeswehr tun müssen, durch Kürzung der Investitionen in unsere Infrastruktur, in unser Sozialsystem oder anderes finanzieren müssen. Und natürlich auch das ist ganz klar, wir müssen uns unserer selbst sicher sein. Deutschland ist eine Demokratie, die sich erschaffen hat aus der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und zum Faschismus. Und das bedeutet auch ganz, ganz klar, dass wir eine ganz entschiedene Opposition haben zu allen extrem rechten Positionen. Und deshalb muss es in Deutschland auch klar sein, mit extrem Rechten wird nicht zusammengearbeitet. Wir brauchen eine Brandmauer.

Capellan: Und dann haben wir einen US-Vizepräsidenten, J.D. Vance, heute erlebt, der sagt, es darf keine Brandmauer geben und hat eben erklärt: Die Massenmigration, hat er wirklich gesagt, ist ein Problem, und ihr, ihr Deutschen, ihr müsst auch mit den Rechtspopulisten reden, möglicherweise mit denen zusammenarbeiten. Wie reagieren Sie darauf?

Scholz: Es ist zunächst einmal in der Tat so, dass er sich zu den politischen Fragen Europas, aller möglichen Mitgliedsstaaten, auch unseres Landes, geäußert hat.

Capellan: Ja, wir haben ja auch Elon Musk, der ganz offen einen Wahlauf Ruf gewissermaßen für die AfD getätigt hat. Und das erinnert einen ja jetzt daran, dass sogar der amerikanische Vizepräsident das tut.

Scholz: Dass der das jetzt tut, was hier gesagt wurde, das irritiert, und das darf auch nicht einfach wegkommentiert und kleingeredet werden. Aus meiner Sicht handelt es sich unverändert bei der AfD um eine Partei, die zu Recht eine ist, bei der alle bekunden, dass sie mit ihr niemals zusammenarbeiten werden. Und ich hoffe, dass diese Bekundungen auch wahr sind und bin ja so irritiert, dass das nun vor kurzem im Bundestag einmal nicht gehalten hat. Trotzdem bleibt es wahr, das darf nicht passieren. Und wie er richtig sagt, Deutschland ist, wie die USA, ein Land, dessen Wohlstand gar nicht verstanden werden kann ohne die vielen Bürgerinnen und Bürger, die hier einen familiengeschichtlichen Zusammenhang zu einer Zuwanderung haben, um es einmal abstrakt auszudrücken, weil sie selbst oder ein Elternteil oder ein Großelternanteil aus einem anderen Land gekommen ist. Das ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung, und unser Wohlstand wäre perdu, wenn das nicht geschehen wäre. Aber gleichzeitig gibt es auch die Herausforderung der irregulären Migration, die wir in Europa bewältigen müssen, da sind wir auch unterwegs, und dafür setze ich mich ein. Nur ist das wirklich unser Thema und keine Sache amerikanischer Politiker, uns da Ratschläge zu geben.

Capellan: Das alles hätten Sie ihm wahrscheinlich auch gerne persönlich gesagt, aber er wollte gar nicht mehr mit Ihnen reden. Er trifft Friedrich Merz, aber Sie als Kanzler nicht mehr?

Scholz: Wir haben uns getroffen, gerade in Paris.

Capellan: Aber da war die Lage noch eine andere.

Scholz: Trotzdem, wir haben uns getroffen, gerade in Paris. Es hat ein Gespräch gegeben mit dem Bundespräsidenten, der Deutschland heute auf der Münchner Sicherheitskonferenz vertritt, und Vertretern der Regierung, die dabei gewesen sind. Auch das gehört dazu, insofern ist das nicht das Thema. Das Thema ist, dass wir klar sein müssen, und wenn wir Regeln haben, die zum Beispiel Symbole verbieten, die aus dem Faschismus stammen, dann ist das gut so.

Capellan: Nun hat J.D. Vance gar nichts gesagt, und das hat viele ja überrascht in München, über den möglichen Truppenabzug etwa amerikanischer Truppen aus Europa.

Scholz: Lassen Sie uns darüber diskutieren, und ich will ausdrücklich sagen, meine Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten, die ich hatte, haben dazu geführt, dass ich unverändert die Hoffnung habe, dass die Unterstützung für die Ukraine seitens der USA nicht nachlässt. Das ist auch wichtig, weil man sonst bei dem russischen Präsidenten gar nicht erst antreten muss, um etwas zu erreichen für die Ukraine. Und für uns allerdings in Europa, für uns in Deutschland und selbstverständlich allemal für die Ukrainerinnen und Ukrainer muss klar sein, dass wir selbstbewusst und selbstbestimmt unsere Angelegenheiten auch regeln müssen, und das ist keine Entscheidung über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainern hinweg.

Capellan: Zunächst einmal gefragt, was bedeutet es, wenn die Amerikaner sich auch aus Deutschland, aus Europa mit ihren Truppen zu einem Großteil zurückziehen?

Scholz: Das sind jetzt erst einmal Spekulationen, das will ich ausdrücklich dazu sagen, und die öffentlichen Ansagen, auch die, die bei der letzten Zusammenkunft von NATO-Staaten stattgefunden haben, waren anders. Da ging es nicht um Rückzug von Truppen, und deshalb sollten wir auch jetzt nicht uns über die falschen Themen zuallererst unterhalten.

Capellan: Aber es geht doch auch um die Frage, wie man einen möglichen Frieden, auf den ja alle hoffen in der Ukraine, wie man den absichert und ob wir als Deutsche, die Bundeswehr, ob wir da auch gefragt sind. Ich erinnere mich, vor einem Jahr hat Emmanuel Macron den Einsatz von Bodentruppen ins Spiel gebracht, hat gesagt, das können wir nicht ausschließen. Ihre Außenministerin, Annalena Baerbock, hat das auch getan. Da waren Sie not amused, haben das zurückgewiesen und haben auch in dieser Woche noch gesagt, das ist jetzt kein Thema. Ist es wirklich kein Thema, wenn sich die Amerikaner zurückziehen und sagen: „Macht euren Kram“, salopp gesagt, „alleine, kümmert Ihr euch um die Sicherheit.“?

Scholz: Die Aussagen, die der amerikanische Verteidigungsminister gemacht hat, waren jetzt nicht genau das, was Sie gerade in Ihrer Frage untergebracht haben. Deshalb wollen wir einmal eins von dem anderen trennen und über die Lage sprechen und daraus entwickeln, was zu tun ist, wenn Sie mir das gestatten. Was ist die Lage?

Capellan: Die Lage ist die, dass US-Präsident Trump gesagt hat, dass die Europäer Sicherheitsgarantien, eine Absicherung des Friedens in der Ukraine, selbst bewerkstelligen müssen.

Scholz: Vielleicht darf ich einmal von meiner Seite aus ansetzen, und dann komme ich genau dazu. Russland hat seine Ziele nicht erreicht. Ein Fakt ist auch, dass Putin die NATO weiter weghaben wollte und nun zwei neue Mitglieder in der NATO hat mit Finnland und Schweden. Fast alle Länder geben jetzt mehr als zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung aus, allen voran das größte Land in der Europäischen Union und der NATO in Europa, nämlich Deutschland. Und wir haben viele, viele unserer Aktivitäten auf Bündnisverteidigung konzentriert bis dahin, dass Deutschland zum Beispiel eine Brigade in Litauen aufbaut. Es wird auch in Zukunft so sein, dass die Ukraine viele Soldaten haben wird und eine starke Armee haben wird. Und daran muss auch jede Sicherheitsarchitektur der Friedenszeit anknüpfen, dass wir der Ukraine ermöglichen, etwas oberhalb der eigenen Gewichtsklasse, würde man im Boxwettbewerb sagen, zu streiten und eine Armee zu haben, die stark genug ist, auch durch die Unterstützung der Freunde in Europa und jenseits des Atlantiks.

Capellan: Und diese Zusage sehen Sie auch bei Donald Trump?

Scholz: Wir werden über diese Fragen reden müssen. Mein Standpunkt ist klar. Es sind die Europäer und unsere Freunde in Kanada, in den USA, auch in bestimmtem Rahmen Japan als G7-Partner, die die Ukraine heute unterstützen. Es sind noch viele andere Länder in der Welt, die mithelfen müssen, dass das gelingt. Wir müssen darum herum Sicherheitsgarantien formulieren, die zu dieser starken ukrainischen Armee auch passen.

Capellan: Zum Beispiel eine NATO-Mitgliedschaft, die man ja eigentlich einmal in Aussicht stellen wollte, die jetzt aber von den Amerikanern wieder in Abrede gestellt wird.

Scholz: Ja, das allerdings fand ich nicht so überraschend, weil das nachlesbar die Position der jetzt neuen Administration in den USA war. Wir hatten uns auf einen langfristigen Pfad verständigt, der in Vilnius und Washington beschlossen worden ist. Wozu sich die amerikanische Regierung geäußert hat in den letzten Tagen, das ist, ob sie für einen Frieden in der Ukraine Bodentruppen installieren würde. Es ging nicht um Truppen jetzt im Krieg. Das will niemand.

Capellan: Absolut ja.

Scholz: Und auch ich nicht, das schließe ich aus, um es ganz klar zu sagen. Und er hat gesagt, wenn die Europäer das machen, dann eben ohne sie. Das ist eine Frage, von der ich aber ohnehin gefunden habe, dass sie...

Capellan: Aber mit uns, mit den Deutschen, mit Bundeswehrsoldaten?

Scholz: Meine Überzeugung ist, dass diese Debatte zur Unzeit jetzt geführt wird, weil es ja erst einmal die Ukraine ist, die für sich selbst bestimmen muss, unter welchen Bedingungen sie bereit ist, einen Friedensschluss zu machen.

Capellan: Pardon, Herr Bundeskanzler, Sie haben immer gesagt, deutsche Soldaten in der Ukraine, da stimme ich nur zu, wenn die Amerikaner dabei sind.

Scholz: Das ist aus meiner Sicht unverändert richtig.

Capellan: Es sieht aber jetzt so aus, als seien sie nicht dabei.

Scholz: Es ist unverändert richtig, dass wir nicht die Grundannahme der NATO gefährden dürfen, dass wir nämlich immer zusammen sind. Es muss so sein, dass die USA immer Teil des europäischen Sicherheitsgeschehens sind.

Capellan: Ist denn klar für Sie, dass die Europäer an den Friedensgesprächen beteiligt werden und mehr als nur am Katzentisch sitzen werden? Denn nach dem Telefonat zwischen Putin und Trump hatten wir einen anderen Eindruck.

Scholz: Erst einmal ist es für mich kein Problem, dass Putin und der amerikanische Präsident gesprochen haben. Ich habe auch immer wieder mit Putin gesprochen.

Capellan: Aber Selenskyj, Pardon, war auch nicht begeistert, dass er nicht einbezogen worden war im Vorfeld.

Scholz: Er war in meinem Fall sehr einbezogen.

Capellan: Bei Ihnen schon, aber bei Trump nicht.

Scholz: Und auch hinterher, jeder Ukrainer, jede Ukrainerin hat kein schlechtes Gefühl, wenn ich Gespräche führe, weil sie wissen, ich werde nicht über ihre Köpfe hinweg irgendwelche Entscheidungen treffen oder vorbereiten. Und das wird auch für die Zukunft so sein.

Capellan: Wie muss denn Europa jetzt reagieren? Sollte es beispielsweise jetzt angesichts dieser Lage einen Sondergipfel geben? Es steht ja auch im Raum, man könnte jetzt sagen, gerade jetzt unterstützen wir die Ukraine militärisch noch stärker.

Scholz: Es muss unbedingt klar sein, dass die Ukraine von allen unterstützt wird, und deshalb brauchen wir auch Rahmenbedingungen. Gleichzeitig müssen wir auch über die Frage unserer künftigen Sicherheit sprechen, denn wir werden die Möglichkeiten brauchen, um sicherzustellen, dass wir genügend investieren können. Das fängt für Deutschland an, dass wir nicht mehr weitermachen können mit dieser ideologischen Verirrung, dass alles das, was wir an Unterstützung für die Ukraine aufbringen, aus dem Haushalt herausgespart werden muss. Das geht weiter, indem wir uns diesen Freiraum verschaffen, das, was wir für die Bundeswehr tun, auch außerhalb der Regeln unserer Schulden, heutigen Schuldenregel mit zu finanzieren. Wir werden es sonst nicht schaffen. Schon in der nächsten Legislaturperiode brauchen wir alleine für die zwei Prozent für unsere Sicherheit 30 Milliarden Euro zusätzlich aus dem laufenden Haushalt. Das wird ohne Änderung der Schuldenregel nicht gehen. Ich fordere alle Parteien auf, jetzt hier zum Land zu stehen, wahre Patrioten zu sein und zu sagen, das machen wir auch mit.

Capellan: Also nächste Woche Sondersitzung im Bundestag beispielsweise? Notlage erklären, diese Möglichkeit hätten Sie ja auch, weil die Union wird ja jetzt vor der Wahl nicht mehr die Schuldenbremse lockern wollen. Da werden Sie keine Mehrheit bekommen.

Scholz: Ich wäre schon seit längerem dafür, dass wir einen solchen Notlagenbeschluss fassen, denn was ist das anderes, dass da ein Krieg stattfindet, als eine außergewöhnliche Situation.

Capellan: Ja, aber ganz konkret, was wollen Sie da jetzt so kurz vor der Bundestagswahl noch erreichen?

Scholz: Ich bin offen für alles, was andere mitmachen wollen, um dazu zu kommen, dass wir uns den Spielraum verschaffen, aber es geht doch jetzt um die nächste Zeit, die nächsten Tage und die nächsten Jahre, damit wir genügend Geld haben. Übrigens gilt das auch für Europäische Union.

Capellan: Also möchten Sie, Pardon, ich muss nachfragen, möchten Sie, dass sich der Bundestag in der kommenden Woche damit beschäftigt?

Scholz: Er muss es nicht in der kommenden Woche machen, aber er muss es sehr schnell tun, damit wir das auch machen können. Was wir die nächste Woche bezahlen sollen, das können wir schon noch und auch die nächsten zwei, drei Monate, das ist nicht unser Thema, sondern unser Thema ist, ob wir einen Paradigmenwechsel hinkriegen, dass wir uns die Kraft verschaffen, das, was für unsere Sicherheit notwendig ist, auch zu tun. Das können wir nicht ohne Änderung der Schuldenbremse.

Capellan: Und das würden Sie dann auch gewissermaßen als geschäftsführender Bundeskanzler noch nach der Bundestagswahl entsprechend auf den Weg bringen wollen?

Scholz: Das ist das, was ich gerne vorschlage und was ich unbedingt vorantreiben will, übrigens nicht nur als geschäftsführender Bundeskanzler, sondern auch als der nächste.

Capellan: Union und FDP sagen allerdings, wir können beispielsweise diese drei Milliarden zusätzlicher Hilfen für Waffen für die Ukraine, die da in Rede standen, wir können das aus dem Etat sehr wohl jetzt noch rausnehmen. Dafür brauchen wir keinen Notlagenbeschluss.

Scholz: Das hat schon immer nicht gestimmt. Der Bundeshaushalt hat eine Lücke von 25 Milliarden Euro. Weil wir keinen Weg gefunden haben, die darin vorgesehenen schon 12,5 Milliarden Euro für die Ukraine zu finanzieren, ist die Regierung auseinandergebrochen. Wir haben nur eine Chance, unsere eigene Sicherheit zu gewährleisten, wenn wir spätestens für 2028 und auch schon vorher, wenn es darauf ankommt, uns die finanziellen Möglichkeiten verschaffen, dass wir genügend für unsere Verteidigung ausgeben können.

Capellan: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk, heute mit dem Bundeskanzler, mit Sozialdemokrat Olaf Scholz. Wieder hat es einen schrecklichen Anschlag gegeben. Ein 24-jähriger Asylbewerber aus Afghanistan, dessen Antrag abgelehnt worden war, noch vor der Machtübernahme der Taliban, hat diesen Anschlag offenbar verübt. Er hätte eigentlich abgeschoben werden können, wurde aber weiter geduldet, bekam einen Aufenthaltstitel, hat als Ladendetektiv, so wissen wir, gearbeitet. Trotzdem wurde er nicht abgeschoben. Dieser Aufenthaltstitel wurde weiter verlängert. Ein Fehler?

Scholz: Das ist eine Sache, die bei der konkreten Betrachtung dieses konkreten Falles zu beantworten ist von den dort zuständigen Behörden. Das ist eine furchtbare Tat. Der Täter muss verurteilt werden. Er muss eine lange Strafe bekommen, und bevor er die Strafe abgesessen hat, wird er dann das Land verlassen müssen Richtung seines Herkunftslandes Afghanistan. Und wir haben ja gezeigt, dass wir, wenn auch mit großer Mühe, trotz der Schwierigkeiten in der Kooperation mit den aktuell Mächtigen dort es hingekriegt haben, einen Abschiebeflug zu organisieren, und wir werden weitere organisieren, wo dann solche Straftäter zurückkehren.

Capellan: Aber da fragen sich jetzt viele, wann passiert das? Sie haben 28 Männer abgeschoben im vergangenen Jahr im August, aber dann passieren immer wieder solche Sachen, dass sich herausstellt, Menschen, die eigentlich nicht bei uns sein sollten, wurden dann doch nicht abgeschoben. Wann passiert das?

Scholz: Erst einmal, was Afghanistan betrifft, ist das eben kompliziert. Dass wir es hinkriegen müssen, auch in Länder abzuschieben, wo die Kooperation mit den dortigen Regierungen nicht gut funktioniert, davon gibt es einige. Deshalb ist die richtige Botschaft, dass wir es schon einmal geschafft haben, und die nächste, dass wir daran arbeiten, es auch immer wieder zu schaffen.

Capellan: Sie haben nach dem Anschlag, nach dem Attentat von Aschaffenburg gesagt: „Ich bin es leid“, und Sie sind es leid, und es geht ja vielen Menschen so, auch dass immer wieder Asylbewerber, Menschen, die eigentlich nicht hier sein dürften, die nicht integriert sind offenbar, die sich radikalisieren, offenbar einen Hass auf unsere Kultur, unsere Religion haben, dass die solche schrecklichen Taten verüben. Selbst Angela Merkel hat einmal gesagt, Multikulti ist gescheitert. Was folgt für Sie daraus, aus dem?

Scholz: Ich unterstreiche, was ich dort gesagt habe, und wiederhole es hier gerne. Diese Täter dürften dann auch nicht hier sein, und wir müssen alle Mittel in Bewegung setzen, um das hinzukriegen, dass das auch so ist. Ich habe deshalb sehr viele Gesetze geändert, damit es leichter geht, jemanden zurückzuführen, habe mit Experten alle Tricks erörtert, mit denen sich jemand einer Abschiebung widersetzen kann, und wir sind überzeugt, dass wir die allermeisten davon erkannt und deshalb per Gesetz auch abgeschafft haben.

Capellan: Aber trotzdem werden wahrscheinlich viele Wählerinnen und Wähler jetzt auch denken, da wird nur geredet, da wird nichts getan. Dieser Eindruck verstetigt sich auch nach diesem harten Schlagabtausch im Bundestag über die sogenannte Brandmauer. Haben Sie da nicht Angst, dass das am Ende doch vor allen Dingen der AfD nutzen könnte?

Scholz: Das Schlimmste wäre, Probleme nicht zu lösen. Und als jemand, der sehr dafür eintritt, dass wir eine offene Gesellschaft sind, der sich vor alle die stellt, das ist fast ein Drittel unserer Bevölkerung, die eine Zuwanderungsgeschichte in der Familie

haben, sage ich ausdrücklich, die irreguläre Migration muss begrenzt werden. Deshalb habe ich auch Grenzkontrollen eingeführt, die wir schon mehrfach verlängert haben, gerade wieder. Wir haben 40.000 Zurückweisungen, wir haben die Zahl derer, die irregulär kommen, um 100.000 reduziert.

Capellan: Aber Pardon, wir haben trotzdem fast jeden Monat einen furchtbaren Anschlag erleben müssen.

Scholz: Ja, da ist wahr, und den können wir ja auch nicht wegsprechen, und das dürfte auch nicht sein. Da wäre ich der entschiedenste Gegner aller Leute, die das verharmlosen wollen. Deshalb muss man sich aber eben an seine Arbeit machen, in Europa das Recht ändern, und das haben wir geschafft. Das tritt nächstes Jahr in Kraft. Aus deutschem Interesse sind die Veränderungen erfolgt, dass wir es einfacher haben, Leute zurückzuführen in die Länder, wo sie ihr Verfahren eigentlich in Europa durchführen müssen, bessere Grenzkontrollen an den Außengrenzen, mehr Verfahren direkt vor Ort, mehr Registrierungen überall in Europa.

Capellan: Aber Sie wissen, dass das in Europa 2026, im kommen Jahr, erst alles in Kraft treten soll. Ob es überhaupt jemals in Kraft tritt, wissen wir auch nicht. Es ist nicht nur Ungarn, das sich dagegenstellt.

Scholz: Das ist aber die Beschlusslage in Europa. Wir haben es durchgesetzt.

Capellan: Aber selbst Polens Premier Tusk hat mittlerweile gesagt, das Migrationsabkommen wird er nicht umsetzen.

Scholz: Aber er wird es umsetzen, und wir werden alle davon profitieren. Wir haben gehandelt mit gutem Ergebnis.

Capellan: Herr Bundeskanzler, wir müssen über ein Thema sprechen, was eigentlich ja den Wahlkampf bestimmen sollte, die Wirtschaftspolitik. Wir haben schon darüber gesprochen, was möglicherweise Forderungen Trumps nach einem höheren Verteidigungsetat, Sie haben das ja gesagt, für uns bedeuten könnten. Da steht aber noch etwas anderes im Raume, auch ein möglicher Handelskrieg mit den Amerikanern. Trump hat Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Stahl und Aluminium angedroht. Wie muss Europa darauf reagieren?

Scholz: Zunächst einmal Europa kann reagieren. Wir haben das als eine europäische Kompetenz. Wir können das innerhalb weniger Stunden tun, und deshalb wird es auch sehr zielgerichtet geschehen.

Capellan: Also mit Gegenzöllen.

Scholz: Die Möglichkeit besteht, und Europa zusammen ist der bedeutendste Wirtschaftsraum der Welt. Das darf niemand vergessen, das ist unsere Kraft.

Capellan: Hat die energieintensive Industrie in Deutschland wirklich noch eine Zukunft? Denn um die geht es ja jetzt auch unter anderem bei den Zöllen, die Trump androht.

Scholz: Sie hat eine Zukunft, sie hat aber große Herausforderungen zu bewältigen gehabt, insbesondere wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und des Stopps der Gaslieferungen nach Deutschland. Das hat ja dazu geführt, dass alle sich eindecken wollten, auch wir, die Speicher gefüllt haben. Nicht nur bei Gas, sondern auch bei Kohle und Öl ist das passiert, und die Energiepreise sind durch die Decke gegangen. Das haben wir mit zig Milliarden runtersubventioniert. Wir müssen dafür sorgen, dass der eigentlich billige erneuerbare Strom auch tatsächlich billig ist, erste Voraussetzung, Ausbau des großen Stromautobahnnetzes durch Deutschland.

Capellan: Und dieser Ausbau wird ja finanziert durch die Netzentgelte, und das belastet auch die deutsche Industrie.

Scholz: Deshalb meine klare Ansage, der Ausbau der Stromautobahnen muss mit einem Preisdeckel versehen werden, und zwar bei dem Niveau, das wir hatten, bevor die Preise höher wurden, drei Cent!

Capellan: Finanziert wird das dann aber auch über eine Lockerung, Reform der Schuldenbremse?

Scholz: Ja, eine Reform der Schuldenbremse ist nötig und können wir auch verkraften, um das einmal zu sagen, weil wir ja gerade wegen der Münchner Sicherheitskonferenz auch diskutieren über das transatlantische Miteinander. Die USA haben Staatsschulden von über 120 Prozent, 124, wenn ich es richtig im Kopf habe, ihrer Wirtschaftsleistung, Deutschland knapp über 60 Prozent, rutscht gegen 60 Prozent nach unten. Wir sind nur halb so verschuldet wie die USA.

Capellan: Zum Abschluss möchte ich Sie fragen, wir hatten heute wieder Fridays for Future-Demonstrationen, die hier unten vorbeigezogen sind. Diese Investitionen, die getätigt werden müssen, auch für die Transformation, für den Klimaschutz, da sagen viele junge Leute, und nicht nur die, das kommt jetzt viel zu kurz. Robert Habeck, der grüne Kanzlerkandidat, hat gesagt: „Aus Angst vor den Populisten knicken Union und SPD jetzt ein beim Thema Klimaschutz.“ Ist das so?

Scholz: Für die SPD und für mich als Person kann ich das nicht sagen. Wir haben ein Tempo bei den Stromautobahnen erreicht, das vorher nicht vorstellbar gewesen ist. Wir haben all die Voraussetzungen geschaffen, dass unsere Stahlindustrie zum Beispiel auch in 100 Jahren noch Stahl produziert, aber eben CO₂-neutral. Unsere Automobilindustrie hat zig Milliarden investiert in Elektromobilität. Ganze Fabriken erzeugen nur noch Elektrofahrzeuge.

Capellan: Aber Pardon, gerade bei dem Punkt, da gibt es jetzt wieder eine Diskussion über das Verbrenner-Aus 2035.

Scholz: Aber nicht von meiner Seite aus.

Capellan: Porsche beispielsweise will wieder neue Verbrenner entwickeln.

Scholz: Ich war bei Ford in Köln. Da ist eine Fabrik, die bauen nur noch Elektrofahrzeuge, und alle diese Investitionen wären für die Katz gewesen, wenn wir den Weg nicht weitergehen.

Capellan: Herr Bundeskanzler, abschließende Frage, Friedrich Merz, Ihr Herausforderer, hat im Bundestag gesagt: „Es gibt den 23. Februar, die Bundestagswahl, es gibt auch den 24. Februar, und dann muss die demokratische Mitte die Probleme gemeinsam lösen.“ Nehmen Sie diese Hand an, die er da ausgestreckt hat?

Scholz: Das ist mein Credo, und deshalb war ich so bedrückt und bin es unverändert über den Tabubruch, den Wortbruch, den die Union gemacht hat in Bezug auf die Frage der Zusammenarbeit mit der AfD. Es muss ganz klar sein, dass es keine immer wie geartete Zusammenarbeit mit der extrem Rechten gibt. Darüber sollten wir uns alle einig sein, weder bei Anträgen noch beim Wählen eines Bundeskanzlers. Wir müssen miteinander das Ergebnis, das die Bürgerinnen und Bürger uns präsentieren, möglichst gut für die Zukunft nutzen. Wer sichergehen will, dass dieses Land in eine gute Richtung marschiert, der macht seine Kreuze am besten bei der SPD und sorgt dafür, dass der bestehende Kanzler der künftige ist.

Capellan: Und da sind Sie optimistisch. Sie haben gesagt: „Die Chance, dass ich Kanzler bleibe, liegt bei 60 Prozent.“ Woher nehmen Sie Ihren Optimismus angesichts der schlechten Umfragen, die sich ja nicht verändern so kurz vor der Bundestagswahl?

Scholz: Dieses Mal, wie noch bei keiner Wahl, werden viele erst in der Wahlkabine ihre Entscheidung treffen, und da, glaube ich, dass viele dann sagen, das soll wieder Olaf Scholz sein.

Capellan: Olaf Scholz, herzlichen Dank für den Besuch hier im Studio.

Scholz: Schönen Dank.